

Jenseits des Wachstums?!

Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.

Kongress
20.-22. Mai '11
TU Berlin



Andreas Exner, Social Innovation Network (SINet)

Auftaktpodium: „Jenseits des Wachstums?!“

Weltweit dominiert die kapitalistische Produktionsweise das Leben der Menschen. Sie unterliegt einem Drang und Zwang zum Wachstum, der sozial und ökologisch verheerend ist. Anders als historisch ältere Formen von Wirtschaft, die zum Teil Märkte inkludierten, ist die kapitalistische Produktionsweise wesentlich *Marktwirtschaft*. Sogar die Lebenszeit wird zur Ware.

In einer Marktwirtschaft haben die Produkte zweifache Gestalt: Sie sind Gebrauchswerte mit konkretem Nutzen und zugleich abstrakter ökonomischer Wert, der sich im Geld ausdrückt. Reichtum erscheint also in doppelter Form. *Abstrakter Reichtum* ist eine allgemeine Form des Reichtums, Geld verkörpert pure soziale Macht. Als solche dominiert Geld die Gebrauchswerte. Die Produktion hat daher die Erzielung von Geldgewinn zum Zweck, nicht die Befriedigung konkreter Bedürfnisse. Diese ist notwendige Bedingung, nicht aber zureichender Zweck der kapitalistischen Produktion.

Daraus resultiert (1) ein *Drang* zum Wachstum. Geld als solches hat keinen Gebrauchswert, es unterscheidet sich von sich selbst nur der Menge nach. Wenn alles gekauft und verkauft werden muss, Ausgaben mit Einnahmen verglichen werden, dann wird Geldgewinn zum Produktionszweck. Weil Geld abstrakten Wert verkörpert, man es „nicht essen kann“, gibt es keine objektivierbare Grenze der Gewinnproduktion, Geld macht niemals „satt“. Die Produktion von Geldgewinn und die Herstellung von Gebrauchswerten, die gesamtgesellschaftlich dafür notwendig ist, sind daher maßlos.

Es resultiert aus der Existenz einer Marktwirtschaft (2) ein *Zwang* zum Wachstum. Geld verkörpert allgemeinen Reichtum und bildet deshalb auch den Zusammenhang der Menschen mit der Gesellschaft. Ohne Geld sind wir nicht vollwertig anerkannt. Deshalb konkurrieren alle um Geld und versuchen, sich möglichst viel davon anzueignen. Geldgewinn muss maximiert werden.

Diese Gesellschaft ist hochgradig vernetzt, doch koordiniert niemand ihr oder sein Tun bewusst mit den anderen, sondern muss im Gegenteil nach möglichst großem privaten Gewinn streben. Daraus resultieren *Krisen*. Eine solche Gesellschaft ist zudem durch den Kampf zwischen Arbeiter_innen und Kapitalisten und durch die Konkurrenz aller gegen alle zerrissen. Nur ein von der Gesellschaft getrennter *Staat* kann mit Gewalt und zulasten der Arbeiter_innen ihren Zusammenhalt sichern.

Die Voraussetzung einer Postwachstumsgesellschaft ist folglich eine *Entmonetarisierung*. Direkte menschliche Beziehungen müssen den Markt ersetzen. Entmonetarisierung ist eine soziale Basisinnovation, die sich in Nischen entwickelt. Beispiele sind Solidarische Ökonomien und Gemeingüter im Bereich der Landnutzung oder der digitalen Information. Es gibt dort keine Lohnarbeit, Märkte verlieren an Bedeutung und der Staat spielt keine tragende Rolle. Herrschaftsverhältnisse und Ausschlussmechanismen können reflektiert und zurückgedrängt werden.

Die weitere Verbreitung dieser Basisinnovationen erfordert *Meta-Innovationen*. Eine Vielzahl solidarökonomischer Einheiten macht noch keine solidarische Postwachstumsökonomie. Bewusste

Steuerungsmechanismen müssen entwickelt werden. Die Groß-Kooperative Mondragón oder die Kibbuzim der 1960er Jahre zeigen, wie das möglich sein kann, illustrieren aber auch, dass Alternativen problematisch bleiben, solange die kapitalistische Produktionsweise ihr Umfeld ist.

Die kapitalistische Produktionsweise wird sich so oder so fundamental verändern. Denn sie ist auf fossile Energien und Metalle angewiesen, die sich verknappen. Die fossilen Ressourcen, insbesondere das Erdöl, machten die Wachstumslogik des Kapitals erst möglich: Sie sind (1) relativ billig gewesen, haben (2) eine hohe Energiedichte, konnten (3) unbegrenzt und in immer größerer Menge nachgeliefert werden, sind (4) von jahreszeitlichen Schwankungen unabhängig zu fördern, (5) leicht speicher- und transportierbar und waren (6) als billiger chemischer Grundstoff verwendbar. Diese Eigenschaften haben die Erneuerbaren Energien nicht. Peak Oil, das wahrscheinlich 2008 eingetreten ist, bildet die Vorhut einer Ressourcenkrise, die erst mit der kapitalistischen Produktionsweise verschwinden wird. Die Profitrate fällt, wenn sich das Erdöl verteuert, der Anreiz und die Möglichkeit zu investieren, sinken, und letztlich werden große Teile der fossilistischen Infrastruktur unbrauchbar.

Das heißt nicht, dass Herrschaft automatisch aufhört. Ganz im Gegenteil. Die Ressourcenkrise wird autoritäre Tendenzen im Staat bestärken und das Kapital in seinem Generalangriff gegen die Proletarisierten. Widerstand tut Not. Es ist ein „Steady State“ denkbar, wo Ausbeutung nicht mehr mit Wachstum einher geht und ein Diskurs der Überbevölkerung, des Rassismus und des Sexismus um sich greift. Das ist noch schrecklicher als das, was wir kennen.

Eine Alternative muss das Geld überwinden. Regionalwährungen sind kein Ausweg aus Markt, Ausbeutung und Konkurrenz. Ebenso wenig hilft zinsloses Geld. Der Zins ist nicht die Ursache von Wachstum, sondern würgt es im Extremfall ab. Fragwürdig ist auch die Perspektive einer staatlichen Steuerung. Denn der Staat ist ein Herrschaftsapparat, kein neutrales Werkzeug schöner Ideen. Schließlich sind auch Ressourcensteuern oder Emissionszertifikate Scheinlösungen. Ressourcensteuern machen den Staat vom Verbrauch abhängig. Emissionszertifikate erklären Verschmutzung zum Geschäft und verhindern eine bewusste und solidarische Kooperation.

Es gilt vielmehr anzuerkennen: Der Markt parasitiert immer schon an dem, was wir in direkter Kooperation, lokal, regional und global machen, im Haushalt, im Betrieb, in sozialen Netzwerken, Bewegungen und im Ehrenamt. Die Alternative ist schon im Hier-und-Jetzt vorhanden. Wir müssen sie freilich entfalten. Und das geht nicht mit, sondern nur gegen Kapital und Staat. In einer solchen Perspektive machen Forderungen nach Globalen Sozialen Rechten, dem Ausbau öffentlicher Güter, einem bedingungslosen Grundeinkommen und Erleichterungen für solidarische Ökonomien Sinn. Der Knackpunkt liegt jedoch darin, dem Markt fortschreitende Ressourcen zu entziehen und den Staat zugunsten einer freien gesellschaftlichen Koordination über gestaffelte Gremien abzubauen.